

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

22 (27.1.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, abgesehen von den besonderen Bestimmungen für die Anzeigen in den Sonntags- und Feiertagsausgaben. Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, abgesehen von den besonderen Bestimmungen für die Anzeigen in den Sonntags- und Feiertagsausgaben. Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, abgesehen von den besonderen Bestimmungen für die Anzeigen in den Sonntags- und Feiertagsausgaben.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen - Frauenschutz

Bezugspreis monatlich 2.50 Mk. - Ohne Zustellung 2.70 Mk. - Durch die Post 2.66 Mk. Einzelpreis 10 Pfg. Sonntags 15 Pfg. - Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 - Fernruf 7020 und 7021 - Dolfsfreund-Filialen: Durlach, Mays-straße 22; Baden-Baden, Kaiserstraße 6; Rastatt, Kaiserstraße 2; Offenburg, Gutenbergstraße 81

Nummer 22

Karlsruhe, Montag, den 27. Januar 1930

50. Jahrgang

Sozialistischer französischer Parteitag

Regierungsbeteiligung mit 2066 gegen 1507 Mandate abgelehnt

Ein Kompromiß: grundsätzlich weder Ja noch Nein

Beginn des Parteitags

Paris, 25. Januar (Eig. Draht.)

Der außerordentliche Parteitag der französischen Sozialistischen Partei hat am Samstag in Anwesenheit von über 100 Delegierten und zahlreichen Vertretern aus dem Auslande sofort mit höchst temperamentvollen Debatten begonnen.

Der Abg. Kamabour brachte zu Beginn der Sitzung eine Entschließung ein, in der er verlangte, daß, was auch immer auf dem Parteitag beschlossen werden würde, die Einheit der Partei gewahrt und unerschüttert bleiben müsse, zumal es sich im Grunde genommen nur um rein taktische Diskussionen handele. Diese Entschließung gab dem Abgeordneten Paul Boncour, dem langjährigen Vorkämpfer des Regierungseintritts der Sozialistischen Partei, Anlaß zu einer prinzipiellen Erklärung. Er wünschte, betonte Paul Boncour, vor allem darüber Bedacht zu sein, wie die regierungsfeindliche Mehrheit der Partei ihren heute mit mathematischer Sicherheit zu erwartenden Sieg künftig auszunutzen gedenke.

Es wäre eine Katastrophe, nicht nur für die Partei, sondern für die französische Republik und die demokratische Idee in ganz Europa, wenn die französischen Sozialisten prinzipiell und absolut jede Mitarbeit an einer demokratischen Vorkriegsregierung ablehnten.

Wichtig auf die Parteieinheit dürfte nicht immer über alles gehen. Es habe man sich auch in Tours von den Kommunisten trennen müssen.

Wenn heute die Partei ihr demokratisch-sozialistisches Ideal aufgeben und mit den Kommunisten Frieden zu machen suche, dann werde er, Boncour, seine volle Handlungsfreiheit wieder ergreifen.

Niemals werde man ihn dazu zwingen können, einen Entschluß anzunehmen, den er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne. So a. B. werde er es nicht hinnehmen, daß die Partei das Prinzip der nationalen Verteidigung ablehne unter dem Vorwand einer inneren Stärkung ihrer Ideale.

Generalsekretär Paul Faure protestierte gegen die Ausführungen Boncours und erklärte, daß die Sozialistische Partei es nicht nötig habe, ihr Ideal bei anderen zu suchen. Sie sei und bleibe die Partei des Kampfes gegen den Kapitalismus, sie sei und bleibe gewarnt von Moskau und beabsichtige keineswegs, einen Schritt nach in Richtung nach den Kommunisten zu tun. Allerdings sei eine andere Auffassung notwendig; denn man habe in der letzten Zeit den Parteideal manchmal zu sehr übersehen und manchmal zuviel „Politik getrieben“. Gewiß würden die Sozialisten das Vaterland gegen einen Angriff von außen her verteidigen, aber sie könnten und dürften es nicht zulassen, daß die ganze Wissenschaft, der ganze Fortschritt in den Dienst des Krieges gestellt würde und das Militärbudget alle finanziellen Kräfte des Landes zum Nachteil der notwendigen Sozialreform verfrachte. Es sei also höchst bedauerlich, daß Paul Boncour mit einer „Gewissensfrage“, wie er es nannte, Verwirrung stifte und mit einer Spaltung drohe, für die kein Grund und kein Anlaß gegeben sei.

Der Abg. Renaudel seinerseits betonte, daß seine Ansichten über die nationale Verteidigung keineswegs dieselben seien wie die Boncours.

Die Sozialisten hätten an der Seeresreform und an der Organisation der Grenzverteidigung höchst aktiv mitgewirkt, sie hätten damals das Meer und seine neue Ausgestaltung gegen die Kommunisten verteidigen müssen. Sie könnten und dürften sich heute nicht desorientieren.

Am übrigen, erklärte Renaudel, verlange er, daß der Widerstand in der Partei, die seit dem Parteitag von Nancy nicht mehr im Bestand vertreten sei, ihr Recht zuteil werde. Sie habe sich niemals ihren Pflichten zu entziehen versucht, sie könne dafür aber auch beanspruchen, daß man von der Parteileitung aus über ihre Forderungen nicht vollkommen diskussionslos zur Tagesordnung übergehe.

Die Debatte um die Beteiligung

Ueber die Debatte auf dem Kongreß wird uns aus Paris gebracht:

Die Generalversammlung wurde in der Nacht zum Sonntag um 3 Uhr mit der Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer Entschließung beendet. 1442 Delegierte stimmten für die Zusammenfassung dieser Kommission aus Angehörigen der Regierungsbeteiligung, 1982 für die Zusammenfassung aus Generalen. 182 Delegierte stimmten für einen vermittelnden Kompromiß.

Die Diskussion verlief nach dem außerordentlich lebhaften Auftreten der ersten Kontroverse zwischen Boncour und Paul Faure ziemlich ruhig. Die Vertreter der beiden Strömungen in der Partei übten eine loyale und gründliche Aussprache, die zwar temperamentvoll geführt wurde, jedoch in keinem Augenblick auch nur zu einem geringen Zwischenfall Anlaß gab. Alle Redner stimmten

übrigens darin überein, daß die Frage der Regierungsbildung als rein praktische Frage zu betrachten sei und zu keiner Spaltung Anlaß geben könne.

Im Verlauf der Diskussion hatte insbesondere der einflussreiche Abgeordnete und Vizepräsident der Kammer, Groussier, ein alter weisheitsvoller Beteran der sozialistischen Partei starken Eindruck zu verzeichnen. Er erklärte,

früher oder später müsse die Partei doch unter dem Druck der Tatsachen in die Regierung eintreten.

Aber hier liege nicht die Frage, die Frage sei vielmehr die, ob die Sozialisten innerhalb oder außerhalb der Regierung sie selbst am besten nach sozialistischen Idealen gestalten könnten. Als er noch der Kammer angehört habe, habe Millerand aus der Partei ausgestoßen werden müssen, weil er in das Kabinett Waldeck-Rousseau eingetreten sei.

Man habe seinerzeit zunächst gegen dieses Kabinett gestimmt. Als es dann aber von der Reaktion beherrscht worden sei, habe man dem gleichen Kabinett treue Unterstützung bewiesen.

Diese Stimmungsänderungen hätten der Partei damals nichts geschadet. Die Hauptsache sei, daß die Partei ihr Ziel, die Sozialisierung der Gesellschaft weiter verfolge.

Emile Kahn, der als Vorkämpfer für die Regierungsbeteiligung bekannt ist, warf vor allem die Frage auf, ob die Partei nicht auch die Pflicht habe, die Reaktion zu bekämpfen, was es nur möglich sei. Wollte man jetzt Tardieu, einen so energiegelassen modernen zielstrebigen Ministerpräsidenten ruhig gewähren lassen? Man müsse doch vernünftigerweise zunächst versuchen, Teilhabe zu erringen, um damit den Endzweck sicherzustellen.

Mit dem Abgeordneten Lebas kam einer der Führer der „Antiregierungsfraktion“ zu Wort. Es wäre Selbstmord gewesen, erklärte der Redner, wenn die Partei das Angebot Daladiers angenommen hätte. Die Verschlagung des Sozialversicherungsgesetzes, die Genehmigung des Flottenbauprogramms für die nächsten Jahre und die neuen Festungsbauten zeigten deutlich, wie reaktionär und sozialistischerfeindlich die Kammer sei. Es sei also ausgeschlossen, daß in ihr eine entschlossene Linksregierung eine Mehrheit finden könnte. Nach weiteren kurzen Ausführungen schloß Paul Faure die Debatte ab. — Ein Kabinett Daladiers wäre nicht im Stande gewesen, die Macht in der Hand zu halten. Wie Recht man hatte, das Angebot Daladiers abzulehnen, zeigte am besten die Tatsache, daß die Sozialisten aus seinem Heimatwahlkreis sich reflexlos gegen die Regierungsbeteiligung ausgesprochen hätten. Im übrigen sei es jetzt genug des Streitens um diese Frage. Weil die Widerheit sich mit dem Entschluß des Delegiertentages nicht haben aufregeben wollen, habe die Partei zwei volle Arbeitsmonate verloren. Er selbst sei a priori und unter allen Umständen gegen die Regierungsbeteiligung. Aber es gelte jetzt vor allem und er hoffe dabei die volle Mithilfe der Widerheiten zu finden, die Partei durch Propaganda so zu stärken, daß sie nach den Wahlen von 1932 auch wirklich mit Erlaß des Kuber der Regierungsmacht errufen könne. Er sei sich vollkommen klar darüber, daß die Sozialisten in der Regierung Entschwebendes tun könnten, so a. B. hätte er, wenn er Ministerpräsident wäre, die Einbindung der Flottenkonferenz nicht angenommen, um dort vielleicht langsam vorzubereiten, sondern er hätte genau dem Beispiel Dänemarks folgend, wirklich bis zum äußersten abgerufen.

Im Schlußwort forderte der Parteiführer Leon Blum in eindringlichen Worten zur Disziplin, Einheit und zum Gehorsam im Dienste des Parteideals auf.

Die Kompromißentschließung

Paris, 26. Jan. Der vom Bürgermeister von Nombair, Lebas, im Namen der Mehrheit vorgetragene Entschließungsentwurf, dem mit 2066 gegen 1507 Stimmen die Priorität zuerkannt worden ist, lautet:

Der Kongreß möge erklären,
1. daß er der Charta der Partei, treu zu bleiben gedenkt;
2. daß er den Beschluß des Nationalrates vom 28. und 29. Oktober 1929 billigt;

3. daß die Partei stets bereit ist, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen und zwar entweder allein oder mit der Mehrheit und der Leitung der Regierung durch von der Partei gewählte sozialistische Minister, die ein Regierungsprogramm zur Anwendung bringen sollen, das als sozialistisch erkennbar ist;

4. daß der Gedanke einer eventuellen Beteiligung der Sozialisten an einer Koalitionsregierung zunächst ausgeschlossen werden muß, unter der gewöhnlichen Legislaturperiode und nur im Falle von außergewöhnlichen Umständen ins Auge gefaßt werden könnte, außergewöhnlichen Umständen, die als solche von einer freien beschlußfassenden Versammlung der Partei anerkannt werden, entweder durch einen Kongreß oder durch eine Beratung des Nationalrates, wobei eine Zweidrittelmehrheit der Bezirksverbandsmandate erforderlich sein soll.

Der Beschluß des französischen sozialistischen Parteitages zur Beteiligung an der Regierung, ist ganz offensichtlich das Produkt einer gewissen inneren Schwäche der französischen sozialistischen Partei und auch aus einer starken Verlegenheit heraus erwachsen. Das Kabinett Tardieu hat sich inzwischen als ein solches erwiesen, das selbst stark genug ist, die Politik des Landes zu führen, ohne auf die Hilfe der Sozialisten angewiesen zu sein. Tardieu braucht zunächst die Sozialisten nicht, die sich durch den Beschluß ihres Nationalrates vom 29. Oktober 1929, während der letzten Regierungstrife nach dem Sturz Briands, selbst ausgeschaltet hatten. Der Beschluß des Nationalrates damals gegen die Beteiligung an einer Regierung wurde mit 1590 gegen 1451 Stimmen gefaßt, also mit einer außerordentlich geringen Mehrheit. Die sozialistische Fraktion im französischen Parlament war in ihrer Mehrheit für die Beteiligung, beugte sich aber dem Beschluß des Nationalrates, stellte jedoch die Forderung, daß ein Parteikongreß zu entscheiden habe. Das ist nun gestern auch geschehen, aber, wie immer der Kongreß sich gestern entschieden hätte, die Entscheidung hätte momentan praktische Bedeutung nicht erlangen können, weil, wie schon erwähnt, das Kabinett Tardieu bereits auf die Sozialisten gar nicht angewiesen ist.

Die angenommene Entschließung ist ein solches Kompromißwerk, daß jeder Sozialist und jede sozialistische Gruppe in Frankreich ihn nach Belieben auslegen kann; wenn auch unverkennbar die getriggerte Entschließung einer Beteiligung an einer Koalitionsregierung mehr Raum und Möglichkeiten gewährt, als es bisher der Fall war.

Es ist ja richtig, daß gerade die französische sozialistische Partei mit der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, d. h. mit dem sogenannten Ministerialismus, früher nicht gerade freundliche Erfahrungen gemacht hat. Das Experiment Millerand und auch die Beteiligung der Sozialisten an der französischen Regierung während des Krieges, haben Ergebnisse gezeitigt, die außerordentlich lange und nachhaltig auf die Auffassung der französischen Sozialisten wirkten. Aus der französischen sozialistischen Partei heraus ist die Beteiligung an bürgerlicher Regierung zu einer solch vorzeitigen, also ungemäßen Gelegenheit unternommen worden, daß für das innere Gefüge der Partei und für ihre politisch-propagandistische Kraft erhebliche Nachteile erwachsen sind, denen kaum ein politischer Gewinn gegenüberstand. Heute haben sich aber in Europa die Dinge derart gestaltet, daß es nach unserer festen Überzeugung sowohl im Interesse der lebensnotwendigen Friedensarbeit in Europa, wie im Interesse der internationalen sozialistischen Bewegung und der Arbeiterklasse im allgemeinen liegt, wenn in der französischen Regierung die Sozialisten gemäß ihrer Stärke vertreten sind und Einfluß ausüben vermögen. Die französischen Sozialisten standen besonders in den letzten Monaten vor der auch für sie nicht geringen Gefahr, für lange Zeit als entscheidend in Frage kommenden Faktor bei Regierungsbildungen ausgeschaltet zu werden. Sie haben gestern offenbar auch diese Gefahr erkannt und diese Erkenntnis, in Verbindung mit der weiteren Gefahr einer drohenden Parteispaltung, hat die Kompromißresolution gezeitigt, die so fürchten wir, für die französische sozialistische Partei keine Kraftquelle darstellt, falls sie plötzlich und durch politische Konstellation gezwungen, doch in eine Regierung eintreten muß.

Aus dem Elsaß

Antimilitaristische Propaganda

Paris, 26. Jan. Nach einer Agenturmeldung aus Straßburg soll in Elsaß-Lothringen eine weitverzweigte kommunistische Organisation entdeckt worden sein, die sich mit antimilitaristischer Propaganda beschäftigt habe. Es seien bereits fünf Militärpersonen, die sämtlich dem 12. Artillerieregiment in Sagenau angehören und aus der Pariser Gegend stammen, verhaftet worden. Sie hätten in den Kasernen kommunistische Flugchriften verteilt oder verteilen lassen. In Nancy sei eine Zivilperson festgenommen worden.

Ergänzung zur französischen Kammer

Paris, 26. Jan. Bei den Kammerwahlen in Rappoltsweiler ist heute ein endgültiges Ergebnis nicht erzielt worden. Es muß Stichwahl stattfinden. Die Stimmen verteilten sich bei der heutigen Wahl wie folgt: Der nationalfranzösisch eingestellte katholische Kandidat Nieder erhielt 4829 Stimmen, der Kandidat der Republikanischen Volksvereinigung Dornier 3844, der sozialistische Kandidat Rieth 3182 und der Kommunist Malch erhielt 273 Stimmen.

Freistaat Baden Mittelbadischer Bauerntag

Im Carl-Brans-Saal in Rastatt fand Sonntag nachmittag der von etwa 1000 Bauern besuchte 4. Mittelbadischer Bauerntag statt. Mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft waren auch der badische Innenminister, die Geschäftsführer des Innenministeriums, die Vertreter der staatlichen und föderativen Behörden und zahlreiche Organisationsvertreter erschienen.

Nach der Begrüßung des Güterdirektors Buch und des Rastatter Oberbürgermeisters Dr. Kerner ergriff Reichsminister Dietrich das Wort, Reichsernährungsminister Dietrich unterstrich die Notwendigkeit der Landwirtschaft durch eine sachgemäße Wirtschaftspolitik zu helfen. Die Hauptschwierigkeiten der Landwirtschaft führte der Minister auf den Zolltarif von 1925 und auf die Reparationslasten zurück.

Zur Frage der Getreidezölle erklärte der Minister, daß der Weizenpreis künftig jede Regierung machen könne, da feststehe, daß wir jedes Jahr 2,5 Millionen Tonnen einführen und dieselbe Menge auf den Markt bringen. Den Roggenpreis dagegen könne auch in Zukunft keine Regierung mit dem Zoll machen, da wir mehr produzieren als wir in Deutschland unterbringen können.

Der badische Minister des Innern, Wittemann, dankte dem Reichsminister für die nachdrückliche Vertretung der badischen landwirtschaftlichen Interessen. Darauf folgte eine Aussprache, wogegen bald sieben Uhr war die Tagung beendet.

Bauernpartei und Bauernstand

Aus Rastatt wird uns geschrieben: In der vor kurzem hier stattgefundenen Versammlung, die sich mit der Erstellung einer Ostmarktkarte beschäftigte, sprach auch der der Bauernpartei zugehörige Landwirt Frank von Oberkasper. Dabei führte er u. a. aus:

Der Bauernstand hat es nicht verdient, daß er denot als Kleinrentner angesehen an den Stufen der Regierung niedertritt, sondern es wird verlangt, daß der Bauernstand frei sei auf seiner Scholle. Dem Herrn Ernährungminister Dietrich müsse am nächsten Sonntag in Rastatt das Köpfe gefolgt werden. Diese Klage dürfte speziell die Arbeiterfrage sonderbar amuten, wenn man an die Regierungsausschüsse an die Landwirtschaft denkt, aber an die Vorstände beim Bauernverein, aber gerade an die Leiter der eigenen Staatsbürgerschaft von nahezu einer Million Bauern der neuen badischen Einheitsgenossenschaft oder an die landwirtschaftlichen Lagerhäuser.

Die Steuererklärungen für die badische Gewerbesteuer

Die Finanzämter haben vor kurzem zur Abgabe von Steuererklärungen über das Betriebsvermögen für die badische Gewerbesteuer 1929 aufgefordert. Hiermit haben diejenigen Steuerpflichtigen, bei denen der Steuerwert ihres Betriebsvermögens sich am 1. Januar 1929 um mindestens 2000 A gegenüber dem bisher ver-

änderten Steuerwert erhöht hat, bis zum 31. Januar 1930 eine Steuererklärung abzugeben. Durch diese Verpflichtung wird die Veranlagung, die von dem Reichsfinanzminister angeordnete Veranlagung auf die Abgabe einer Reichsvermögenssteuererklärung 1929 für die Steuerpflichtigen bedeutet, wieder aufgehoben, da diese nunmehr doch eine Neuauflassung ihres steuerpflichtigen Betriebsvermögens gemäß den Vorschriften des Reichsvermögenssteuergesetzes nach dem Stande vom 1. Januar 1929 vornehmen müssen.

Gastwirte und Straußwirtschaften

Dem Erlass vom 29. Oktober 1928, der die Zulassung der Straußwirtschaften auf die Dauer von 3 Monaten nach Herbstbeginn, längstens aber bis zum 1. Februar des nächstfolgenden Jahres beschränkt, ist ein weiterer Erlass des badischen Ministers des Innern vom 21. Januar 1930 gefolgt, welcher besagt, daß in Anbetracht der großen Absatzschwierigkeiten im badischen Weinbau bei begründeten Gesuchen eines Straußwirtes und nach sorgfältiger Prüfung das Ausnahmerecht für selbstgebaute Wein um 2 Monate verlängert werden kann.

Der badische Gastwirteverband beantragt nun, daß diese Erlasse ungeschädlich seien und daß nach Einführung der Reichsgewerbeordnung am 1. Januar 1927 in Baden keine Straußwirtschaften zugelassen werden dürfen. Der badische Gastwirteverband ist außerdem der Ansicht, daß durch diese Maßnahmen dem eigentlichen Winterhande recht wenig oder gar nicht geholfen werde. In den meisten Fällen der eröffneten Straußwirtschaften würde das Ausschankrecht nicht im Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Hauptbetrieb ausgeübt, so wie der Erlass es vorseht, sondern das Recht des Straußwirts habe zu Auswüchsen geführt; kämen doch durch konzessionierte Gastwirte Klagen, daß diese Winter sich nicht auf den Ausschank selbstgebauten Weines beschränken, sondern daß in diesen Strauß- und Weinwirtschaften Schlachtfeste, Konzerte und Vergnügungen abgehalten würden, sowie Abgabe von Speisen und Rauchwaren aller Art vorgenommen würde, genau so wie in den zu Recht bestehenden konzessionierten Gaststätten. Es wäre daher Aufgabe des Landtags, den Dingen nachzugehen.

Wieviel kostet das Parlament?

Den Rögern zum Nachdenken

Zweifellos kann durch eine Reichsreform viel Geld gespart werden; vor allem auch beim parlamentarischen Apparat der Kleinstaaterei. Unberechtigt ist jedoch die Rüge jener, die damit nur ihre Antipathie gegen das jetzige Regierungssystem zum Ausdruck bringen wollen. Ihnen gibt der badische Beobachter folgenden Denkfeskel:

Bei der Beratung des Voranschlags über den Landtag überlegen die Mitglieder des Haushaltsausschusses mit beachtenswertem Eifer, wie man da und dort sparen könnte. Es wurden eine Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht und schließlich der Antrag auf Ertrag von 68 000 A bei der Position: Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten angenommen. Nebenbei bemerkt, beziehen die 88 Mitglieder des badischen Landtags ungefähr genau so viel Däteln im Jahr, wie der Reichshauptpräsident Dr. Hjalmar Schacht allein an Gehalt jährlich bezieht, ohne die Nebeneinkünfte, die diese Stellung noch mit sich bringt. Die Kosten der deutschen Parlamente, verglichen mit den Gehältern einiger Bankpräsidenten und Verwaltungsaufwände einiger Senatsräte und Trufts, sind lächerlich gering, trotz allem Gehalt, das man in der Deutschen Reichstag über die letzten Parlamente erhebt.

Schönlich merken sich das jene Kreise, die Herrn Schacht in den Himmel heben, das Parlament jedoch ständig bekritisieren!

Zu hohe Stundenlöhne

Aus dem A. H. A. wird uns geschrieben: In der 12. Sitzung des Reichstages hat Herr Reichsminister des Innern, Herr Dietrich, die Arbeiter in seiner Rede unter anderem den Ausspruch getan: Die Arbeiter sollten sich mit einem etwas weniger hohen Stundenlohn zufrieden geben. Wenn Herr Teusch vom Gewerkschaftsvorstand die Empörung der Arbeiter verstehen und gehört hätte, wäre ihm sein volksdienlicher Mut vergangen. Wir möchten doch die Frage an Herrn Teusch richten: Hat Herr Teusch sich schon einmal in einem Betrieb umgesehen, mit welcher körperlicher Anstrengung der Arbeiter sein täglich Brot verdienen muß? Wie viel muß der Arbeiter trotz dem von Herrn Teusch angeführten hohen Stundenlohn entbehren gegenüber den Kreisen um Herrn Teusch? Glaubt vielleicht Herr Teusch, daß mit der Niederhaltung der Löhne die Volkswirtschaft gehoben werden kann? Ist es Herr Teusch nicht bekannt, daß die Aufzucht der deutschen Arbeiterklasse, um damit die eigenen hohen Gehälter zu verdienen. Die Arbeiterklasse weiß auch, daß die hohen Gehälter der ehemaligen deutschen Offiziere und die Kürstrenabfindung vor allem große Beträge aus-

Unterwelt in Glacé

Der Berliner Westen nach der Polizeistunde

Das es im A. H. A. gibt, ist klar. Ebenso klar, daß die Gegenstände des Schließens Bahnhof seit jener reichlich kommentierten Straßenschlacht den „Smertreuen“ und ihren Kumpanen noch „im merreuz“ ist. Aber es ist billig, sich gemessen um Berliner Döner zu fügen. Der „vornehme“ Westen ist keineswegs arm an Ueberredungen. Bis 3 Uhr nachts allerdings zeigt er das gemöblte Gesicht, das seiner Majestät und seinem Renommee entspricht, die Lokale machen flüchtig und ihre Besucher sind es schon, und trotzdem flüßt Abend für Abend ein Meer eleganter Limousinen und Pelze den Kurflüsterdamm und seine Ausläufer.

Im 4 Uhr Abend ist das Bild. Die lebenden Standbilder der Ecken haben Feierabend gemacht. Frauen gehen jetzt allein als „vornehme“, denn die Straßen sind leer und die wenigen Passanten meist betrunken. Wo aber bleibt der unentwegte Bummler? Die Kneip- und Nachtlokale der Infanterie sind gegenstandslos geworden. Gewandt wird schon auf der Straßbahn und nach ist nicht mehr modern. Zahlunsträfliche Danks aus Neugier oder Kolbus haben nach der Polizeistunde nur noch private Beistandsmöglichkeiten.

Jedes Etablissement muß laut polizeilicher Vorschrift nachts einige Stunden schließen. Die dem Regiment kommen manche auf ihre Art nach. Sie schließen abends sehr früh und öffnen schon wieder um 4 Uhr morgens, wo ihre eigentliche Zeit beginnt. 6 Uhr Öffnungs-Volale und 4 Uhr Öffnungs-Volale arbeiten Hand in Hand, um keine Stunde der Nacht zu verlieren.

Im „A. H. A.“ in der Budapesterstraße, das abends gutes Kabarett macht, treffen sich die Exzentriker, für die 3 Uhr früh ein angebotener Nachmittags ist, mit dem sie nichts besseres anzufangen wissen. Ein Gemisch aus Dämionde und Bohème ist da vertreten, ein Sommerfrühling aller Tönen, „rings um die Gedächtnisfrage“. Aber trotz warmer Würdigen und unübersichtlicher Gehäße nur eine Fortsetzung des abendlichen Berlins.

Charakteristischer sind schon die „Canaribar“ (Umlandstraße) und „Fauit“ in der Kanitzstraße. Ein rot beleuchteter Winkel im Stadtbezirk. Der Portier, emeritierter Schauboxer vom Ringelringel, was vielleicht den Namen „Fauit“ erklärt, macht die Honneure. Manchmal macht er sie mit umgekehrtem Vorzeichen — dann sitzt plötzlich jemand in der trüben Luft. Bardamen aus der Nachbarschaft trinken mit ihren Kavaliern noch einen Topp, eine Kofette fahrt hier eine halbe Stunde gedankenlos in ihren Cocail, müde und verdrückt geben die Ringe unter den Augen wie in der rauchigen Luft. Ein Grammophon spielt die neuesten Tauber-Platten, ein Frack macht, für die er vor zwei Stunden in Varietebühnen bezahlt worden ist, aber es hört niemand zu. „Dein ist mein ganzes

Leben.“ Wenn Herr Teusch dem arbeitenden Volke Leben ertheilen will, so bitte zuvor bei den Kreisen, die mit sehr hohen Einkommen nicht mehr handesgemäß leben zu können vorläufigen. Jeder Hand- und Kopfarbeiter, der nur auf seine Entlohnung angewiesen ist, um damit sich und seine Familie zu ernähren, weiß besser, als Herr Teusch von Alltagsfragen zu reden. Aber an alle Arbeiter, seien es Hand- oder Kopfarbeiter, richte ich die Bitte: Stärkt die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen als Arbeiterklasse, so werden Volksvertreter vom Schlage des Herrn Teusch im Parlament keinen Platz mehr finden. Ein politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Beilegung des Universitätskonfliktes in Freiburg

Bekanntlich hatte im November vorigen Jahres der Rektor der Universität Freiburg, Prof. Dr. Dragendorff, infolge eines Konflikts mit dem badischen Kultusministerium seinen Rücktritt erklärt. Ueber die kritischen Punkte, die die Selbstverwaltung der Universität betrafen, ist nunmehr eine vollständige Einigung zwischen dem Senat der Universität und dem Kultusministerium erzielt worden und damit die Grundlage für eine friedliche vertrauensvolle Zusammenarbeit geschaffen. Professor Dr. Dragendorff wurde daraufhin Samstag von der Plenarversammlung der Freiburger Universität zum Rektor auch für das Jahr 1930/31 gewählt und hat sich auf Grund dieser Vertrauensfundgebung bereit erklärt, sein Amt sofort wieder zu übernehmen.

Kommunisten-Marodeure und Herostraten

Eine Entlarzung

Man schreibt uns: In der letzten Zeit haben die Kommunisten in ganz Deutschland wieder einmal bemerkt, daß es ihnen im Grunde genommen gar nicht darauf ankommt, den Erwerbslosen zu helfen, viel weniger, daß sie daran denken, deren Notlage zu lindern. Auf was es ihnen ankommt, ist, daß sie als gewissenlose Marodeure die Erwerbslosen als Mittel zum Zweck für ihre verbrecherischen Pläne benutzen und die Massen vorjagen, damit sie sich viele blutige Köpfe holen. Wann wird auch der Teil der deutschen Arbeiter, die sich heute immer noch von diesen politischen Verbrechern in der KPD mißbrauchen lassen, einsehen, daß sie nur für ihre verbrecherischen Pläne und Plünder als Schutzwahl bei Zusammenkünften mit der Polizei für die Genossen „Führer“, die sich weit im Hintergrund tummeln, gebraucht werden.

Siehe Worms und Chemnitz!

In diesen beiden Orten hat man durch eine wüste Hege, die seitens der KPD „Führer“ in gemeinsten Art getrieben wurde, die Masse so aufgeschreckt, daß es bei einem Zusammenstoß mit der Polizei, die für Ruhe und Ordnung Sorge zu tragen hat, gekommen ist, wobei leider wieder Arbeiterblut geflossen ist.

Die KPD muß solche Erfolge von Zeit zu Zeit inszenieren, um Moskau zu beweisen, daß auch in Deutschland der Geist der „Weltrevolution“ nicht im Schwimmen begriffen ist und der Rubel aus Moskau wieder besser rollt. Verbrechen auf Verbrechen häuft sich auf das Schuldkonto dieser Herostraten, die, um ihr politisches Fortschreiten zu lassen, die Erwerbslosen unter Ausnutzung ihrer Notlage herzu mißbrauchen.

Diese Herostraten zetteln nur dort ihren Plünder an, wo sie genau wissen, daß Sozialdemokraten mitbestimmen haben, ohne aber ausschlaggebend in den Dingen zu sein.

Wo aber Kommunisten in der Leitung einer Gemeinde sitzen, ja sogar ausschlaggebend sein könnten, verhält man sich mäusehähnlich und hübsch brav, um den eigenen „Genossen“ keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Gemeinde Kleinsteubach in Baden hat das „Glück“, einen Kommunisten als Bürgermeister zu haben. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 65, wovon die Mehrheit Kommunisten sind. Nach den von uns gemachten Feststellungen haben die Kommunisten in Kleinsteubach, soweit sie als Erwerbslose in Frage kommen, weder einen Antrag auf Weihnachtunterstützung noch sonstige Anträge auf Notlageunterstützung gestellt. Auch der Kommunist als Bürgermeister hat von sich aus nichts unternommen, für die Erwerbslosen in Kleinsteubach etwas zu tun. Was hätten wir nicht alles erleben können, wenn Kleinsteubach einen Sozialdemokraten zum Bürgermeister gehabt hätte! Es wären zunächst einmal von den Kommunisten unerfüllbare Forderungen aufgestellt worden, um bei ihrer Nichterfüllung auf die SPD, in der infamsten und niederträchtigsten Weise heranzulassen und sie zu beschimpfen. Sozialdemokraten wäre bestimmt der geindepote Ausdruck gewesen.

So es sich aber in Kleinsteubach um einen Kommunisten handelt, hat man nicht zu Weihnachten noch sonst Unterstützung als Erwerbsloser und Ausgesteuerten notwendig. Damit ist klar bewiesen, daß es der KPD, nur dort aufkommt, überall dort unerfüllbare Forderungen zu stellen, wo sie oder ihre Vertreter in den Gemeindeparlamenten keinerlei Verantwortung zu tragen haben.

Siermt sind diese Herostraten entlarvt. Und mit solchen Elementen muß man sich in der Arbeiterbewegung herumfalschen. gwk.

Wie verlängere ich mein Leben?

Wenn ein Wissenschaftler von Namen wie Prof. Fürbringer in seinem Buche „Wie verlängere ich mein Leben“, das in der Verlag Dr. Georg Olshausen erschienen ist, darüber berichtet, dann können wir ruhig lachen, und wenn wir hören, daß Fürbringer mit seinen 78 Jahren noch mitten im Berufsleben steht und sogar noch mitten im aktiven Sportleben, dann können wir ihm auch wohl glauben. Und was sagt er? Mach dich selbst alt! Man wird alt, wenn man keine Lebensgewohnheiten nachher ändert. Das gilt vor allem von der körperlichen Betätigung.

Mer älter wird, der wird etwas bequemer als früher. Die Muskelkraft nimmt ab und die Ermüdung kommt schneller. Aber darum hat keine Besorgnis und nur ja nicht zum Stuhndauer werden! Muskelaufbau, sagt Fürbringer, ist eines der wichtigsten Mittel. Sie leisten nicht nur der Schwächung des gesamten muskulösen Muskelsystems Vorschub, sondern sie vermag auch der Verlängerung des Lebens direkt entgegenzuwirken.

Beschäftigung und Bewegung im Hause ist ungenügend. Denn zu Hause ist die Luft nicht so wie sie draußen ist. Zu Hause umgeben uns aber auch immer die kleinen Sorgen. Und die drücken stets. Sie machen uns vorzeitig alt. Und wenn wir sie nicht aus dem Hause wegschaffen, dann müssen wir wissenschaftlich häufig mal aus dem Alltagsmilieu hinaus in das Freie.

Vorsicht mit Zimmervampnas! Vorsicht vor Ueberreizung eines kranken Systems! Aber täglich Bewegung, Leibesübungen und frische Luft. Auch nächtliches Radfahren erhält geistiger artohen Wert. Der 78jährige Mann kennt keine schönere Erregung, als ein kaltes Schwimmbad. Noch in seinem Alter.

Weiber hat sich aber der Körperkulturgedanke bis jetzt nur in die Reiberei und vierziger Jahre hindurchgesetzt. Aber dann erhält, was er in jüngeren Jahren an Gesundheit gewonnen hat, mit Alltagsmühen aller Altersstufen werden, sagt Fürbringer, man wird das Geschickliche einmal überwinden sein und alle sind auch im höchsten Alter durch den vernünftigen Sport noch geschmeidig und jung.

Doch nicht ohne soziale Gestaltung. Sorge macht zeitig alt. Unterernährung schwächt genau so wie Ueberarbeit. Nebenbei, was mit dem sozialen Kampf der Körperkultur, als es heute ist, überwinden lassen.

Der Portier, der bis 10 Uhr früh die Herrschaften plazierte, meint: „Ich bin ja nur ein besserer Fremdenführer!“ Gegenüber dem „Fauit“ gibt es den „Freundchaftsclub der Kellner und Maitres“, geöffnet von 1—7 Uhr. Eintritt nur für Mitglieder, Mitgliedsbeitrag eine Mark den Monat. Vor dem Haus steht ein Kofeo von Autos. Die immer nur dienen müssen, hier spielen sie die Serenität. Wer noch hier bedient und aufspielt? Wenn die Welt gerecht wäre — Herr Kommerzienrat!

Kalkempe im Bayerischen Viertel: „Es wird arbeiten, idealisch ruhenden Vörm wegen der anwohnenden Parteien zu vermeiden. Das heute Gelächter und Geschimpf wird durch das „W!“ des Wirtes unterdrückt. Ein Mann in Sweater und Mütze, mit jedem auf Du und Du, hält beim Herausgehen die Hand auf, und unterdrückt außerdem Ruheforderungen auf seine Weise. Die „Libelle“ hat hier ihren Stammis, neben ein paar Kutten und Puppenjungen. „Libelle“ ist der in den Westen transponierte „Smertreuz“, sagt im „Eben-Volant“ in Charlottenburg und macht sich leicht in albenwürdiger Weise nützlich. „Was ist denn der Ged dort mit dem Umfang der biden Trima?“ Berufstinglampfer! „Und der da mit den weißen Händen?“ Halbarber.

Einer muß morgen ins „Sanatorium“, angeblich, weil ihm bei seinem Sport das Kniebein gerüttelt wurde. Ob das „Kniebein“ nicht ganz so anders klingt? Oder das „Sanatorium“ in Moskau?

Julius Weismanns neue Oper. Julius Weismanns neue Oper „Geldentwertung“ nach dem bekannten Drama von August Strindberg wurde von der Staatsoper München zur Uraufführung für die nächste Spielzeit angenommen.

Um den Fortbestand des Heidelberger Theaters. Die Stadtverwaltung hat an den Heidelberger Doman der Bühnengenossenschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie mitteilt, daß über die Frage der Weiterführung des Stadttheaters erst in der Voranschlagsberatung entschieden werde, und daß deshalb auch die Neuanstellung des Personals erst nach dieser Entscheidung erfolgen könne. Die Stadtverwaltung will sich damit sichern für den Fall, daß große Einschränkungen beschlossen werden sollten, und man hält die Fortdauer eines jährlichen Zuschusses von 650 000 A für das Stadttheater für unmöglich. Andererseits wünscht die Bevölkerung einen Mittelweg, weil sie eine Schließung des Stadttheaters für ebenso unmöglich hält.

Brügelstraße im 19. Jahrhundert. In Preußen wurde die Brügelstraße endgültig im Jahre 1848 abgeschafft; in Sachsen-Altenburg und in Mecklenburg bestand sie noch bis zum Jahre 1870. In Hannover wurde bis zum Jahre 1840 mit eisernen Keulen gerädert und die Todesstraße verhärtet durch Schleifen zum Nichts einer Kubdaut.

Der Nachtragsetat zum Reichshaushalt

Aus dem Entwurf des nunmehr vom Reichsfinanzministerium fertiggestellten Nachtragsetats für 1929 ergibt sich, daß die durch die Annahme des Youngplanes zu erwartenden finanziellen Erleichterungen durch den im laufenden Rechnungsjahr sich ergebenden Fehlbetrag restlos aufgezehrt werden. Anstatt dieser Sachlage war es unmöglich, einen Tilgungsfonds zur Abdeckung der schwebenden Schuld nach dem am 24. Dezember beschlossenen Gesetz einzustellen. Ebenso wenig war es möglich, die Abdeckung des Fehlbetrags im außerordentlichen Haushalt in Angriff zu nehmen. Vielmehr muß die Anleiheermächtigung bei der gegenwärtigen Kapitalmarktlage und damit auch der Fehlbetrag des außerordentlichen Haushalts um 275 Millionen Mark erhöht werden. Der Tilgungsfonds wird in dem Haushalt für 1930 eingestellt werden.

Die Erhöhung der Anleiheermächtigung um 275 Millionen Mark setzt sich zusammen aus verschiedenen Posten, die außerordentlichen Haushalt ein Mehr gegen die ursprünglichen Ansätze erfordern. Davon entfallen allein 222,5 Millionen auf Darlehen an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und 50 Millionen Mark als Stammkapital für die Beteiligung des Reiches an der Preussischen Zentralgenossenschaft. Die restlichen Beträge entfallen auf kleinere Posten der Kaiserstraßenverwaltung.

Das auswärtige Amt fordert in dem Nachtragsetat allein für Umsatzen nicht weniger als 720 000 M. Das Reichsinnenministerium wünscht eine Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zwecks Förderung der Wissenschaft um 650 000 M. Auf diese Weise soll eine Schließung der Institute dieser Gesellschaft verhindert werden. Die Kosten des Staatsbearbeitungsfür den Reichsaussenminister Dr. Stresemann werden in dem Entwurf des Nachtragsetats auf etwa 120 000 M. bemessen. Für die Durchführung von Hilfsmaßnahmen zugunsten der aus Rußland ausgewanderten deutschstämmigen Bauern werden vom Reichsinnenministerium etwa 6 Millionen Mark angefordert, die jedoch inzwischen auf Grund einer besonderen Vorlage vom Haushaltsausschuß bereits bewilligt worden sind. Für die Technische Hochschule sind wegen Mehrabgaben an persönlichen Bedürfnissen und Arbeitslohn 125 000 M. einseitig.

Im Arbeitsministerium wird für die Arbeitslosenversicherung ein Mehr von 30 Millionen angefordert. Außerdem sollen zur Erleichterung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Invalidenversicherung 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel für diese beiden letzten Posten dürften insofern nur insofern herausgegeben werden, als das Einkommen aus der Lohnsteuer im Jahre 1929 im Betrag von 1300 Millionen bzw. 1375 Millionen übersteigt.

Im Etat des Reichsverkehrsministeriums war für den Betrieb von außerordentlichen Luftverkehrsstellen durch die Luftkassa eine Anleihe im Betrag von 6 Millionen vorgesehen, die durch die deutsche Luftkassa bestrahlt und vom Reich verzinst und getilgt werden sollte. Die Aufnahme einer solchen Anleihe, die etatsrechtlich recht bedenklich gewesen ist, hat sich wegen der Lage des Geldmarktes nicht realisieren lassen. Es soll der Luftkassa nunmehr der benötigte Betrag in Höhe von 3 Millionen unmittelbar zugesandt werden. Von diesem Betrage können die im Hauptetat für 1929 für Verzinsung und Tilgung vorgesehenen 550 000 M. abgedeckt werden, so daß ein Mehr von 2 450 000 M. verbleibt.

Der Etat für Versorgungs- und Ruhegehalt erfordert an Versorgungsbeiträgen für frühere Angehörige der Wehrmacht und für die Hinterbliebenen solcher Angehöriger ein Mehr von 37,7 Millionen. Diese große Mehrforderung ist dadurch entstanden, daß der Schätzung im Hauptetat für 1929 eine Zahl von 575 000 Beschädigten zugrunde gelegt worden war, während diese Zahl sich seitdem bereits auf 815 000 erhöht hat.

Die schwierige Kassenlage des Reiches und der ungünstige Geldmarkt in Deutschland spiegeln sich ferner in einer Forderung von 28,7 Millionen Mark wieder, die im Haushalt der Reichsschuld an Wehrrenten für die künftigen Kreditoperationen des Reiches veranschlagt werden. Im Etat der Finanzverwaltung werden 14,9 Millionen mehr an die Länder übertragen, darunter aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer allein 20 Millionen.

Der Haushalt für die Kriegskosten steht unter der inneren Kriegskasse bei den Ausgaben für die besetzten Gebiete, die Grenzgebiete und das Saargebiet ein Mehr von 65,9 Millionen vor.

Unter den Einnahmen der Reichsfinanzverwaltung ergeben die fortwährenden Besitz- und Verkehrssteuern ein Weniger von 254 Millionen, denen ein Mehr von 121 Millionen gegenübersteht, so daß ein Minus von 133 Millionen verbleibt.

Da nach der Annahme des Youngplans als künftige Quellen der Reparationsleistung lediglich die deutsche Reichsbahn-Gesellschaft und der Reichshaushalt bestehen bleiben sollen, wird die im Dampfsplan vorgesehene Industriebelastung als Sonderquelle für die Reparationsleistungen entbehrlich. Der Nachtragshaushalt nimmt in Aussicht, die im Februar 1930 fällige Rate auf Grund eines besonderen Gesetzes noch einmal in Höhe von 150 Millionen zu erheben und für Zwecke des Reichshaushalts zu verwenden.

Alles in allem zeigt der Nachtragsetat manche Posten, die dem Reichstag zur ernstlichen Prüfung Anlaß geben sollten.

Kadau statt Politik

Kommunistische Ausschreitungen in Berlin

Berlin, 26. Jan. Heute nachmittags wurden bei Müggelsee von etwa 40 Angehörigen der kommunistischen Jugendorganisation zahlreiche Kraftwagen angehalten, mit Steinen beworfen und zum Teil erheblich beschädigt. Schließlich wurde das Ueberfall-Kommando alarmiert, das mes gelang, sieben männliche und zwei weibliche Mitglieder der Jugendorganisation festzunehmen und der Abt. I A des Polizeipräsidiums zuzuführen.

Kommunistischer Ueberfall auf Polizeibeamte

Necklingshausen, 26. Jan. Im Anschluß an eine Theaterveranstaltung zu der die Kommunistische Partei am Samstagabend eingeladen hatte, zog eine Anzahl Teilnehmer singend und lautstark ausstehend durch die Straßen der Stadt. Als in der Nähe der Sedanstraße eine aus drei Mann bestehende Polizeistreife sie zur Ordnung riefen, fielen die Kommunisten über einen der Beamten her und brachten ihm eine Anzahl Verletzungen bei. Auch die beiden anderen Beamten wurden tätlich angegriffen. Erst durch Hilfe mit dem Gummiknüppel gelang es ihnen, sich zu befreien. Den Kommunisten gelang es in der Dunkelheit zu entkommen.

Unterernährte Schulkinder in Pirmasens

Aus Pirmasens wird berichtet: Der Pirmasenser Schularzt hat in seinem letzten Bericht über die Untersuchungen, die er an den Schülern verschiedener Volksschulklassen vorgenommen hat, die Feststellung machen müssen, daß sich die Zahl der unterernährten Kinder ganz erheblich gesteigert hat gegenüber dem Vorjahr. Die Untersuchungen erstreckten sich auf 3 047 Kinder, von denen rund 300 unterernährt waren; nur 128 Kinder konnten als gut genährt bezeichnet werden. Diese trübliche Bestimmung ist wohl eine Folge der im letzten Jahr ganz besonders schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse in Pirmasens.

Für die Gesundheit ist das Beste gerade gut genug. Minderwertige Mittel schädigen den Organismus und helfen vorübergehend. Dagegen bewirkt das seit 15 Jahren eingeführte und von über 5000 Ärzten geprüfte Tonal bei rheumatischen, gichtischen und Nerven-Leiden sofortige Besserung. Tonal wirkt leicht und ist absolut ohne unangenehme Nebenwirkungen. Es dürfte daher von allgemeinem Interesse sein, unsere Leser auf dieses Mittel hinzuweisen.

Nadel und Fingerhut

Einer der nützlichsten und unentbehrlichsten Gebrauchsgegenstände, die die Menschheit kennt, ist die Nadel. Ihre Erfindung ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit. Die Nadel ist ein Werkstück, das in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist. Die Nadel ist ein Werkstück, das in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist.

Die Nadel ist ein Werkstück, das in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist. Die Nadel ist ein Werkstück, das in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist.

Die Nadel ist ein Werkstück, das in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist. Die Nadel ist ein Werkstück, das in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist.

Man denkt sich die Herstellung einer Nadel meist einfach, als sie in Wirklichkeit ist, sie hat vom Walddraht bis zum fertigen Nadeln viele Stufen durchlaufen. Die Nadel ist ein Werkstück, das in der Geschichte der Menschheit eine wichtige Rolle spielt. Sie ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist.

Neben der Nadel hat der Fingerhut eine wichtige Rolle zu spielen. Der Fingerhut ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist. Der Fingerhut ist ein Werkzeug, das in der Hand des Menschen zu einem der nützlichsten und unentbehrlichsten Gegenstände geworden ist.

Die ältesten Fingerhüte, welche auf uns gekommen sind, stammen aus vorchristlichen Grab- und Höhlenfunden, sie bestanden aus Horn, Knochen und Holz. Dies Material ist etwa zwei Jahrhunderte hindurch fast ausschließlich zur Anfertigung von Fingerhüten nützlich worden. Eine Ausnahme bilden einige in altägyptischen Gräbern gefundene Exemplare aus einem blauschwarzen Stein, einer glasähnlichen Masse, sowie ein paar steinzeitliche Fingerhüte aus einer enalthischen Sammlung aufbewahrt, aus römischen Fingerhüten aus Gold, Silber und Eisen.

Weitere Verbreitung fand das nützliche Nadelgerät eigentlich im Mittelalter, es wurde damals hauptsächlich aus Horn, Knochen, Holz, Ton und gebräutem Leder angefertigt. Vornehmlich benutzten aus Silber und Gold kunstvoll geschmiedete Fingerhüte, die in der menschlichen Hand bequem und leicht zu halten waren. Derartige Schmiedewerke bildeten damals beliebte Geschenke für die Fürstlichen Häuser. Während der Renaissance wurden die Fingerhüte aus Metall gefertigt, die in der menschlichen Hand bequem und leicht zu halten waren. Derartige Schmiedewerke bildeten damals beliebte Geschenke für die Fürstlichen Häuser.

Seit dem Aufbruch der Neuzeit hat die Nadelindustrie in England einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Die Nadelindustrie in England hat einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Die Nadelindustrie in England hat einen außerordentlichen Aufschwung genommen.

Aus aller Welt

Strassenbahnunglück in Stettin

In Stettin löste sich an einem Strassenbahnwagen ein unbekanntes Hindernis, das die Kupplung des Wagens ersetzte, so daß dieser aus den Schienen sprang und mit solcher Wucht gegen ein Gebäude prallte, daß er sich überflügelte. Soweit bisher festgestellt werden konnte wurden drei Personen getötet und 24 verletzt, darunter mehrere schwer.

Der nationalsozialistische Bankfall

Schwierig, 27. Jan. (Hundst.) Die Veruntreuung des Reichs-Schmitt in der Filiale Bismarck der Reichsbank in Berlin, die den Reichsbank den Schaden von 40 000 M. zuzurechnen, wird auf mehr als 100 000 M. geschätzt. Schmitt war Mitglied der nationalsozialistischen Partei.

Brand in der Schokoladenfabrik

In Scheideitz brach aus unbekannter Ursache in der Zucker- und Schokoladenfabrik von Junker Feuer aus, dem die Einrichtung der Fabrik, die Maschinen, Fertigerwaren und Rohmaterialien zum Opfer fielen.

Anatole Frances Gattin

Paris, 25. Januar. In der vorletzten Nacht ist hier die Gattin Anatole Frances gestorben.

Der erste deutsche Tonfilm in USA.

Die American General Film-Company brachte zum ersten Mal einen deutschen Tonfilm zur Aufführung und zwar den Ufa-Film „Die Has ist geliebt“ mit Max Crivians.

Neue falsche Dollarnoten in Berliner Banken festgestellt

Bei den Berliner Grobhandeln sind dem Berliner Tasehakt zufolge neue gefälschte Dollarnote aufgetaucht, deren Aufsichten einwandfrei zu sein schien, und die trotzdem gefälscht waren.

Revolte im Erziehungshaus

In der Pflanzschule Jor (Oberlausitz) kam es zu einer Revolte unter den Zöglingen. In einem Gebäude der Anstalt wurde ein Zögling wegen Ungehorsamkeit gegen den Hauswart in den „Bestrafungsraum“ gebracht. Andere Zöglinge aus einem zweiten Gebäude drangen mit Gewalt, mit einem Rohren und Stangen bewaffnet, nach außen her in das Gebäude ein und befreiten den gefesselten Zögling. Den Hauswart bestanden sie fest. Der stellvertretende Vorsteher der Anstalt verurteilte vergeblich, die Eindringlinge die sich um den befreiten Zögling schickten, zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen. Darauf rief er polizeiliche Hilfe herbei. Die bald darauf erschienenen Landjäger nahmen drei Nadelstichführer fest und stellten die Ruhe wieder her.

Südamerikanische Fahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ soll Mitte März seinen Fahrtbetrieb wieder aufnehmen und im Mai die Südamerikafahrt zur Ausführung bringen.

Millionenveruntreuung bei der Hauptpost in Madrid

Aus Madrid wird dem Journal berichtet: Die Polizei verhaftete zwei etwa 30 Jahre alte Postangestellte von der Madrider Hauptpost, die seit fast drei Jahren die nach dem Ausland ausgehenden eingehenden Postsendungen von Banken und Bouteillengeschäften auftrahen und beschlagnahmten. Sie gingen dabei zu geschäft vor, daß die Entdeckung des Diebstahls erst bei der Öffnung der Sendung durch die Adressaten gemacht wurde. Die entwendeten Beträge sollen zwei Millionen Peseten übersteigen.

Polarforscher Cool aus der Haft entlassen

Aus Leavenworth (Kansas) wird berichtet: Das Haftentlassungsamt hat befürwortet, daß der Polarforscher und Petroleumunter-

nehmer Dr. Frederic Cook auf Ehrenwort aus dem Gefängnis entlassen werde, wo er wegen Betruges eine Strafe von 10 Jahren 9 Monaten verbüßt. Dr. Cook, der beinahe fünf Jahre im Gefängnis zugebracht hat, ist 65 Jahre alt. Cook, dessen Anwesenheit im Nordpol im Jahre 1909 nach einer kurzen Periode befristet wurde, wurde im Jahre 1911 wegen Betruges in der Arktik verurteilt. Im Jahre 1912 wurde er wegen Betruges in der Arktik verurteilt. Im Jahre 1912 wurde er wegen Betruges in der Arktik verurteilt.

Von Wilddieben tödlich verletzt

Koblenz, 26. Jan. Im nahen Nieder-Wendung wurde der Postkutschmeister K. Schmitt von einem Wildschwein tödlich verletzt. Der Kutscher wurde von einem Wildschwein tödlich verletzt. Der Kutscher wurde von einem Wildschwein tödlich verletzt.

Geplündertes Waffenladen

In Berlin haben in der Nacht zum Samstag bis jetzt noch nicht gefasste Täter die Waffenfirma Veim u. Hanfsteiner in der Kaiserstraße geplündert und sämtliche Revolverpistolen und die dazu gehörende Munition gestohlen.

Pflaumenblüte in Holland

In der holländischen Provinz Limburg, den Orten der Krebber und Raalbeide, reihen infolge der milden Januarwitterung ausserordentlich die Pflaumenblüte in voller Blüte.

Eisenbahnunglück in Rumänien

Bularest, 26. Jan. Bei Busen stieß ein Güterzug mit einer Lokomotive zusammen, die aus bisher unbekanntem Grund auf offener Strecke stehen geblieben war. Drei Eisenbahnarbeiter kamen ums Leben, vier wurden verletzt. Der Stationsvorsteher von Busen wurde verhaftet.

Bularest, 26. Jan. Auf der Strecke Bularest-Galah wurde ein Dynamitversuch auf einen Schnellzug verübt. Eine Ladung Dynamit gelangte auf dem Bahndamm des Zuges zur Explosion. Die Bahnstrecke wurde beschädigt. Nach zwei Stunden konnte der Schnellzug wieder aufgenommen werden. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Drei belgische Bergleute verschüttet

Charleroi, 26. Jan. In einem Kohlenbergwerk bei Gilla wurden drei Bergleute verschüttet. Sie geben auf Klopfzeichen keine Antwort mehr. Man hat die künftigen Befürchtungen.

Das Flugzeug Cielsons gefunden

Seattle, 26. Jan. Die militärische Flugschule hat eine Meldung erhalten, der zufolge das Flugzeug des leitend 9. November in Spanien vermissten belandeten Nordpolforschers Cielson zurückgefunden worden ist. Von den Insassen fehlt jede Spur.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeiterwohlfahrt. Heute Montag abend 8 Uhr findet im Büro, Bittel 40, eine wichtige Vorstandssitzung statt. Mitglieder des Vorstandes werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

